

Vu pour être joint à l'arrêté ministériel du 14 décembre 2021 établissant divers modèles et lignes directrices pour la surveillance et la déclaration par les installations de GES pour la période 2021-2030.
Bruxelles, le 14 décembre 2021.

La Ministre flamande de la Justice et du Maintien, de l'Environnement et de l'Aménagement du Territoire,
de l'Énergie et du Tourisme,
Z. DEMIR

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2022/200582]

18. NOVEMBER 2021 — Erlass der Regierung zur Gewährung einer Umzugs- und Mietbeihilfe für die von der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 besonders betroffenen Personen

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen, Artikel 14 § 1 Absatz 2, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 12. November 2021;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 18. November 2021;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass die Überschwemmungen vom 14. bis 16. Juli 2021 eine beträchtliche Anzahl von Wohnungen unbewohnbar gemacht haben; dass das Wohnungsangebot auf dem privaten Mietmarkt einem starken Druck ausgesetzt ist, der sich infolge dieser Überschwemmungen verstärkt hat, was die Gefahr eines Anstiegs der Mieten mit sich bringt, wodurch die Schwierigkeiten der betroffenen Haushalte, eine angemessene Wohnung zu finden, noch verstärkt werden; dass es von wesentlicher Bedeutung ist, die Fähigkeit der Haushalte, die Zahlung dieser neuen, potenziell höheren Mieten zu bewältigen, rasch zu erhöhen, sodass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses keinen Aufschub mehr duldet;

In Erwägung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 28. Juli 2021 zur Anerkennung der Überschwemmungen vom 14. bis 16. Juli 2021 als allgemeine Naturkatastrophe und zur Abgrenzung ihrer geographischen Ausdehnung;

Auf Vorschlag des für das Wohnungswesen zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 — *allgemeine Bestimmungen*

Artikel 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Antragsteller: die in dem Bevölkerungs- oder Fremdenregister eingetragene natürliche Person, die gemäß dem vorliegenden Erlass Opfer der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 ist;

2. Bevölkerungs- oder Fremdenregister: die Dateien, in denen die Informationen über die im Gesetz vom 19. Juli 1991 über die Bevölkerungsregister, die Personalausweise, die Ausländerkarten und die Aufenthaltsdokumente bzw. die Informationen über die in Artikel 12 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern erwähnten Personen angegeben sind;

3. Einkommen: das global steuerpflichtige Einkommen des vorletzten Jahres vor der Anmietung;

4. Gesetzbuch: das Gesetzbuch über nachhaltiges Wohnen;

5. Minister: der für das Wohnungswesen zuständige Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

6. Verwaltung: der für das Wohnungswesen zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 2 - Eine Umzugs- und Mietbeihilfe wird unter den in diesem Erlass festgelegten Bedingungen dem Haushalt der Kategorie 2 oder 3 im Sinne von Artikel 1 Nummern 30 und 31 des Gesetzbuches gewährt, der nach der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 eine im Sinne von Artikel 1 Nummer 15 des Gesetzbuches unbewohnbar gewordene Wohnung verlässt und eine offensichtlich im Sinne von Artikel 1 Nummer 12 des Gesetzbuches gesunde Wohnung anmietet.

Art. 3 - Als unbewohnbar gilt die Wohnung, die:

1. entweder durch ein von der Verwaltung ausgestelltes Dokument oder durch einen von einer Versicherungsgesellschaft an Ort und Stelle entsandten Sachverständigen als solche erklärt wird;

2. oder Gegenstand eines durch die Verwaltung erstellten Unbewohnbarkeitsprotokolls ist. In diesem Fall übermittelt die Verwaltung dem Bürgermeister der Gemeinde, in der die Wohnung sich befindet, und dem Eigentümer der Wohnung eine Kopie des Unbewohnbarkeitsprotokolls.

Art. 4 - Die Beihilfen sind dem Antragsteller vorbehalten, der am Tag der Anmietung:

1. mindestens 18 Jahre alt oder für mündig erklärt worden ist;

2. die Wohnung weder ganz noch teilweise untervermietet.

Art. 5 - Die gemäß den Kapiteln 2 und 3 gewährten Beihilfen können nicht mit anderen von der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder der Wallonischen Region gewährten Beihilfen, die denselben Gegenstand haben, kumuliert werden.

Art. 6 - Wenn die Berechnung möglich ist, darf die für die neu angemietete Wohnung verlangte Miete den Betrag nicht überschreiten, der in der informativen Mietspreistabelle, die durch den Erlass der Wallonischen Regierung vom 25. April 2019 zur Festlegung der informativen Mietspreistabelle in Anwendung von Artikel 89 des Dekrets der Wallonischen Region vom 15. März 2018 über den Wohnmietvertrag festgelegt ist.

KAPITEL 2 — *Umzugsbeihilfe*

Art. 7 - Die Umzugsbeihilfe beträgt 400 Euro und wird pro unterhaltsberechtigtes Kind um 20 % erhöht.

§ 2 - Die in § 1 erwähnte Umzugsbeihilfe wird nur einmal pro Haushalt gewährt.

Art. 8 - Wenn nach der Räumung von mehreren Wohnungen die sämtlichen aus diesen Wohnungen umgezogenen Personen eine einzige Wohnung anmieten, wird die Umzugsbeihilfe für jede geräumte Wohnung gewährt.

KAPITEL 3 — *mietbeihilfe*

Art. 9 - Der Betrag der Mietbeihilfe wird wie folgt bestimmt: 1. Der Grundbetrag entspricht dem Unterschied zwischen dem Mietbetrag der geräumten Wohnung oder deren Mietwert, wenn der Antragsteller sie als Eigentümer oder unentgeltlich bewohnte, einerseits und dem Mietbetrag der angemieteten Wohnung andererseits.

2. Der Höchstbetrag der Mietbeihilfe beträgt 100 Euro.

3. Der Höchstbetrag der Mietbeihilfe wird pro unterhaltsberechtigtes Kind um 20 % erhöht.

4. Die Mietbeihilfe wird nur dann gewährt, wenn der Unterschied zwischen dem Mietbetrag der geräumten Wohnung oder deren Mietwert und dem Mietbetrag der angemieteten Wohnung mindestens 5 Euro beträgt.

Art. 10 - Sind von der Gewährung der Mietbeihilfe ausgeschlossen:

1. Haushalte, die eine Wohnung, deren Verwaltung oder Miete von einem Immobilienvermittler im Sinne von Artikel 1 Nummer 23 des Gesetzbuches übernommen wird oder diesem gehört, mieten;

2. Haushalte, die eine Wohnung mieten, die Eigentum eines Verwandten in absteigender oder aufsteigender Linie von einem der Haushaltsmitglieder ist, und die in der Gemeinde, in der sich die Wohnung befindet, ihre Eintragung in dem Bevölkerungs- oder Fremdenregister beantragen.

Art. 11 - § 1 - Die Mietbeihilfe wird für eine Dauer von einem Jahr ab der Anmietung der offensichtlich gesunden Wohnung gewährt.

§ 2 - Wenn der Empfänger der Mietbeihilfe die offensichtlich gesunde Wohnung verlässt, um eine andere, ebenfalls offensichtlich gesunde Wohnung zu mieten, wird die Beihilfe während der restlichen Dauer gewährt. Dies erfolgt unter der Bedingung, dass der Umzug innerhalb einer Frist von drei Monaten nach dem Einzug in die neue Wohnung der Verwaltung mitgeteilt worden ist.

Wenn der Empfänger der Mietbeihilfe stirbt, hat der hinterbliebene Ehepartner oder die Person, mit der er in eheähnlicher Gemeinschaft lebte, weiterhin Anrecht auf die gewährte Mietbeihilfe.

Wenn der Empfänger der Mietbeihilfe zum Zeitpunkt seines Todes ledig war und mit anderen Personen zusammenwohnte, wird die Mietbeihilfe dem hinterbliebenen Zusammenwohnenden weiterhin gewährt. Falls es mehrere hinterbliebene Zusammenwohnende gibt, bestimmen die hinterbliebenen Zusammenwohnenden einen unter ihnen, der mindestens 18 Jahre alt ist oder für mündig erklärt worden ist, dem die Mietbeihilfe gewährt wird.

Art. 12 - Wenn nach der Räumung von mehreren Wohnungen die sämtlichen aus diesen Wohnungen umgezogenen Personen eine einzige Wohnung anmieten, wird die Mietbeihilfe nur einem Antragsteller gewährt, der von den anderen bestimmt worden ist.

KAPITEL 4 — *Antragsverfahren*

Art. 13 - § 1 - Der Antragsteller reicht einen Antrag bei der Verwaltung anhand eines Formulars ein, das die Verwaltung zur Verfügung stellt.

Der Antrag enthält folgende Informationen und Unterlagen:

1. einen Auszug aus dem Bevölkerungs- oder Fremdenregister zur Bescheinigung der Haushaltszusammensetzung des Antragstellers zum Zeitpunkt der Bewohnung der geräumten Wohnung;

2. die genaue Identifizierung der angemieteten und der geräumten Wohnung;

3. eine vom Antragsteller unterzeichnete eidesstattliche Erklärung zur Bescheinigung, dass er Mitglied eines Haushalts der Kategorie 2 oder 3 im Sinne von Artikel 1 Nummern 30 und 31 des Gesetzbuches ist;

4. den Nachweis der Haushaltseinkommen;

5. eine Kopie des Ergebnisses der Simulation des Mietpreises auf der Grundlage der auf der Website www.loyerswallonie.be abrufbaren informativen Mietpreistabelle oder die Begründung, warum eine Simulation des Mietpreises auf der Grundlage der informativen Mietpreistabelle aufgrund der Merkmale der betroffenen Wohnung nicht möglich ist.

§ 2 - Der Antrag wird spätestens drei Monate nach dem Einzug in die offensichtlich gesunde Wohnung eingereicht.

In Abweichung von Absatz 1 kann der Antrag, falls der Antragsteller vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses in die offensichtlich gesunde Wohnung eingezogen ist, bis zum 31. Dezember 2021 eingereicht werden.

§ 3 - Innerhalb einer Frist von 15 Tagen nach Eingang des Antrags übermittelt die Verwaltung dem Antragsteller einen Hinterlegungsbescheid.

Ist der Antrag unvollständig, übermittelt die Verwaltung dem Antragsteller innerhalb einer Frist von 15 Tagen nach Eingang des Antrags, ein Verzeichnis der fehlenden Unterlagen und Informationen und weist darauf hin, dass das Verfahren erst ab deren Empfang fortgesetzt wird.

Der Antragsteller übermittelt der Verwaltung die fehlenden Unterlagen und Informationen innerhalb einer Frist von 15 Tagen ab Empfang des in Absatz 2 erwähnten Verzeichnisses.

§ 4 - Falls der Antragsteller sich im Laufe des Antragsverfahrens von seinem Ehepartner oder von der Person mit der er in eheähnlicher Gemeinschaft lebte trennt, prüft die Verwaltung die Situation beider Parteien, insbesondere bezüglich der unterhaltsberechtigten Kinder, und bezeichnet den Empfänger der Beihilfe.

§ 5 - Innerhalb einer Frist von 45 Tagen nach Eingang des Antrags oder der fehlenden Unterlagen und Informationen innerhalb der in § 3 Absatz 3 erwähnten Frist übermittelt die Verwaltung dem Antragsteller die Entscheidung bezüglich der Zulässigkeit des Antrags oder über die Gründe der Unzulässigkeit des Antrags.

KAPITEL 5 — *Beschwerden und Kontrolle*

Art. 14 - § 1 - Der Antragsteller verfügt über eine Frist von 30 Tagen ab der Übermittlung der in Artikel 13 § 5 erwähnten Entscheidung, um gegen eine Ablehnung des Antrags per Einschreiben eine Beschwerde bei dem Minister einzulegen.

§ 2 - Der Minister fasst seinen Beschluss innerhalb einer Frist von drei Monaten.

Falls innerhalb der in Absatz 1 erwähnten Frist dem Antragsteller kein Beschluss zugestellt worden ist, gilt die Beihilfe, so wie beantragt, als gewährt.

Art. 15 - Die Verwaltung verfügt über eine Frist von fünf Jahren ab der Auszahlung der Beihilfen, gerechnet ab dem ersten Tag des Monats, auf den sich die Auszahlung bezogen hat, um die Übereinstimmung des Antrags mit den im vorliegenden Erlass festgelegten Gewährungsbedingungen zu prüfen.

Die Prüfung erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.

KAPITEL 6 — *Schlussbestimmungen*

Art. 16 - Der vorliegende Erlass tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

Art. 17 - Der Minister für das Wohnungswesen wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.
Eupen, den 18. November 2021

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,

Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

A. ANTONIADIS

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2022/200582]

18 NOVEMBRE 2021. — Arrêté du Gouvernement relatif à l'octroi d'une aide au déménagement et au loyer pour les personnes victimes des inondations catastrophiques de juillet 2021

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le Code de l'habitation durable, l'article 14, § 1^{er}, alinéa 2, remplacé par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 12 novembre 2021;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 18 novembre 2021;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1^{er};

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait que les inondations survenues du 14 au 16 juillet 2021 ont rendu un nombre considérable de logements inhabitables; que l'offre de logements sur le marché locatif privé est soumise à une forte pression, qui s'est vue accrue à la suite de ces inondations, entraînant le risque de voir les loyers augmenter, renforçant ainsi les difficultés pour les ménages sinistrés de se reloger décemment; qu'il est dès lors indispensable d'accroître rapidement la capacité des ménages à pouvoir faire face à l'acquittement de ce nouveau loyer potentiellement plus élevé; de sorte que l'adoption du présent arrêté ne souffre aucun délai;

Considérant l'arrêté du Gouvernement wallon du 28 juillet 2021 reconnaissant comme calamité naturelle publique les inondations survenues du 14 au 16 juillet 2021 et délimitant son étendue géographique;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière de Logement;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1^{er}. — *Dispositions générales*

Article 1^{er}. - Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1^o demandeur : la personne physique inscrite au registre de la population ou des étrangers, victime des inondations catastrophiques de juillet 2021 au sens du présent arrêté;

2^o registre de la population ou des étrangers : les données contenant les informations relatives aux personnes mentionnées dans la loi du 19 juillet 1991 relative aux registres de la population, aux cartes d'identité, aux cartes des étrangers et aux documents de séjour ainsi que dans l'article 12 de la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers;

3^o revenus : les revenus imposables globalement afférents à l'avant-dernière année précédant la prise en location;

4^o Code : le Code de l'habitation durable;

5^o ministre : le ministre du Gouvernement de la Communauté germanophone compétent en matière de Logement;

6^o administration : le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière de Logement.

Art. 2. - Est accordée, aux conditions fixées dans le présent arrêté, une aide au déménagement et au loyer au ménage des catégories 2 ou 3 au sens de l'article 1^{er}, 30^o et 31^o, du Code qui quitte un logement rendu inhabitable au sens de l'article 1^{er}, 15^o, du Code par les inondations catastrophiques de juillet 2021 et prend en location un logement manifestement salubre au sens de l'article 1^{er}, 12^o, du même Code.

Art. 3. - Est considéré comme inhabitable le logement qui :

1^o soit est déclaré comme tel par un document établi par une autorité publique ou par un expert dépêché sur place par une compagnie d'assurances;

2^o soit a fait l'objet d'un constat d'inhabitabilité établi par l'administration. Dans ce cas, l'administration communique au bourgmestre de la commune dans laquelle le logement se trouve et au propriétaire de celui-ci une copie de ce constat.

Art. 4. - Les aides sont réservées au demandeur qui, le jour de la prise de location :

1^o est âgé d'au moins 18 ans ou est émancipé;

2^o ne donne pas le logement en sous-location, ni en tout ni en partie.

Art. 5. - Les aides octroyées en vertu des chapitres 2 et 3 ne peuvent être cumulées avec d'autres aides, ayant le même objet, accordées par la Communauté germanophone ou la Région wallonne.

Art. 6. - Lorsque le calcul est possible, le loyer demandé pour le logement nouvellement pris en location ne peut excéder le montant repris dans la grille indicative des loyers telle que fixée par l'arrêté du Gouvernement wallon du 25 avril 2019 instaurant une grille indicative des loyers en exécution de l'article 89 du décret de la Région wallonne du 15 mars 2018 relatif au bail d'habitation.

CHAPITRE 2. — Aide au déménagement

Art. 7. - § 1^{er} - L'aide au déménagement s'élève à 400 euros et est majorée de 20 % par enfant à charge.

§ 2 - L'aide mentionnée au § 1^{er} n'est octroyée qu'une seule fois par ménage.

Art. 8. - Lorsque l'évacuation de plusieurs logements est suivie d'une prise en location d'un seul logement par l'ensemble des personnes qui ont déménagé, l'aide au logement est octroyée pour chaque logement évacué.

CHAPITRE 3. — Aide au loyer

Art. 9. - Le montant de l'aide au loyer est fixé comme suit : 1^o le montant de base correspond à la différence entre, d'une part, le loyer du logement évacué ou sa valeur locative si le demandeur l'occupait en tant que propriétaire ou à titre gratuit et, d'autre part, le loyer du logement pris en location;

2^o le plafond de l'aide au loyer est fixé à 100 euros;

3^o le montant maximal de l'aide au loyer est majoré de 20 % par enfant à charge;

4^o L'aide au loyer n'est octroyée que si la différence entre le loyer du logement évacué ou sa valeur locative et celui ou celle du logement nouvellement pris en location s'élève à 5 euros au moins.

Art. 10. - Sont exclus du bénéfice de cette aide au loyer :

1^o les ménages prenant en location une habitation gérée ou louée par un opérateur immobilier au sens de l'article 1^{er}, 23^o, du Code ou lui appartenant;

2^o les ménages prenant en location une habitation appartenant à un descendant ou un ascendant d'une membre du ménage et qui demande leur inscription dans les registres de la population ou des étrangers de la commune où le logement se situe.

Art. 11. - § 1^{er} - L'aide au loyer est octroyée pendant une période d'un an à compter de la prise en location du logement manifestement salubre.

§ 2 - Lorsque le bénéficiaire de l'aide au loyer quitte le logement manifestement salubre pour prendre en location un autre logement également manifestement salubre, ladite aide continue à être octroyée pendant la durée résiduelle de l'aide. Ceci s'opère à condition que le déménagement ait été signalé à l'administration dans les trois mois de l'installation dans le nouveau logement.

En cas de décès du bénéficiaire de l'aide au loyer, le conjoint survivant ou la personne avec laquelle il vivait maritalement continue à être reconnu admissible au bénéfice de l'aide octroyée.

Si le bénéficiaire de l'aide au logement ne vivait pas en couple au moment de son décès, mais bien avec d'autres personnes en cohabitation, l'aide au loyer continue à être octroyée au cohabitant survivant. S'il existe plusieurs cohabitants survivants, ceux-ci désignent l'un d'entre eux, qui est âgé de 18 ans au moins ou émancipé pour bénéficier de cette aide au loyer.

Art. 12. - Lorsque l'évacuation de plusieurs logements est suivie d'une prise en location d'un seul logement par l'ensemble des personnes qui ont déménagé, l'aide au logement n'est octroyée qu'à un seul demandeur, désigné par les autres.

CHAPITRE 4. — Procédure de demande

Art. 13. - § 1^{er} - Le demandeur introduit une demande auprès de l'administration au moyen d'un formulaire délivré par celle-ci.

La demande reprend les informations et documents suivants :

1^o un extrait du registre de la population ou des étrangers établissant la composition du ménage du demandeur au moment de l'occupation du logement évacué;

2^o l'identification précise du logement pris en location et du logement évacué;

3^o une déclaration sur l'honneur signée par le demandeur par laquelle il certifie être membre d'un ménage des catégories 2 ou 3 au sens de l'article 1^{er}, 30^o et 31^o, du Code;

4^o la preuve des revenus du ménage;

5^o une copie du résultat de la simulation du loyer de l'habitation sur la base de la grille indicative des loyers disponible sur le site www.loyerswallonie.be ou une justification expliquant les raisons pour lesquelles les caractéristiques du logement concerné ne permettent pas une simulation du loyer sur la base de cette grille.

§ 2 - La demande doit être introduite au plus tard dans les trois mois suivant la date d'entrée dans le logement manifestement salubre.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er} et si le demandeur est entré dans le logement antérieurement à l'entrée en vigueur du présent arrêté, la demande peut être introduite jusqu'au 31 décembre 2021.

§ 3 - Dans les quinze jours suivant la réception de la demande, l'administration transmet au demandeur un avis de dépôt.

Si la demande est incomplète, l'administration communique au demandeur, dans les quinze jours suivant la réception de la demande, un relevé des informations et documents manquants et l'informe en signalant que la procédure ne sera poursuivie qu'à partir de leur réception.

Le demandeur transmet à l'administration les informations et documents manquants dans les quinze jours suivant la réception du relevé mentionné à l'alinéa 2.

§ 4 - Si, au cours de la procédure de demande, le demandeur se sépare de son conjoint ou de la personne avec laquelle il vivait maritalement, l'administration examine la situation de chacune des parties, notamment en ce qui concerne les enfants à charge, et désigne le bénéficiaire de l'aide.

§ 5 - Dans les quarante-cinq jours suivant la réception de la demande ou des informations et documents manquants dans le délai mentionné au § 3, alinéa 3, l'administration communique au demandeur la décision relative à la recevabilité de sa demande ou aux motifs d'irrecevabilité de cette dernière.

CHAPITRE 5. — Réclamations et contrôle

Art. 14. - § 1^{er} - Le demandeur dispose d'un délai de trente jours à dater de la notification de la décision mentionnée à l'article 13, § 5, pour introduire, par lettre recommandée, un recours à l'encontre du rejet de la demande auprès du ministre.

§ 2 - Le ministre statue dans les trois mois.

Le défaut de notification de la décision au demandeur dans le délai mentionné à l'alinéa 1^{er} est assimilé à une décision d'octroi de l'aide.

Art. 15. - L'administration dispose d'un délai de cinq ans à dater de la liquidation des aides, à compter du premier jour du mois auquel la liquidation se rapporte, pour vérifier si la demande répond aux conditions d'octroi fixées dans le présent arrêté.

L'examen s'opère conformément aux dispositions de la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes.

CHAPITRE 6. — Dispositions finales

Art. 16. - Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

Art. 17. - Le ministre compétent en matière de Logement est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 18 novembre 2021.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales,

de l'Aménagement du territoire et du Logement

A. ANTONIADIS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2022/200582]

18 NOVEMBER 2021. — Besluit van de Regering tot toekenning van een verhuistegemoetkoming en huurtegemoetkoming voor personen die bijzonder getroffen zijn door de overstromingen in juli 2021

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het Wetboek van duurzaam wonen, artikel 14, § 1, tweede lid, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 1 juni 2017;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 12 november 2021;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 18 november 2021;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid is gemotiveerd door het feit dat de overstromingen van 14 tot 16 juli 2021 een aanzienlijk aantal woningen onbewoonbaar hebben gemaakt; dat het woningaanbod op de private huurmarkt hevig onder druk staat, waarbij die druk nog hoger is geworden wegens deze overstromingen, met het risico dat de huurprijzen nog zullen stijgen en de getroffen gezinnen het nog moeilijker zullen hebben om een decente woning te vinden; dat de gezinnen zo snel mogelijk in staat moeten worden gesteld om de nieuwe en mogelijk hogere huur te betalen; dat dit besluit dus zo snel mogelijk moet worden aangenomen;

Overwegende het besluit van de Waalse Regering van 28 juli 2021 waarbij de overstromingen die hebben plaatsgevonden van 14 tot 16 juli 2021 als een algemene natuurramp worden beschouwd en waarbij de geografische uitgestrektheid van deze ramp wordt afgebakend;

Op de voordracht van de Minister van Huisvesting;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK 1. — Algemene bepalingen

Artikel 1. - Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder:

1° aanvrager: de in het bevolkings- of vreemdelingenregister ingeschreven natuurlijke persoon die overeenkomstig dit besluit in juli 2021 slachtoffer van de overstromingsramp is geworden;

2° bevolkings- of vreemdelingenregister: de bestanden waarin de gegevens worden vermeld van de personen bedoeld in de wet van 19 juli 1991 betreffende de bevolkingsregisters, de identiteitskaarten, de vreemdelingenkaarten en de verblijfsdocumenten of, naargelang van het geval, bedoeld in artikel 12 van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;

3° inkomen: het belastbaar inkomen dat globaal betrekking had op het voorlaatste jaar voorafgaand aan het in huur nemen;

4° Wetboek : het Wetboek van duurzaam wonen;

5° Minister : de minister van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap die bevoegd is voor Huisvesting;

6° administratie: het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor Huisvesting.

Art. 2. - Onder de in dit besluit bepaalde voorwaarden wordt een verhuistegemoetkoming en een huurtegemoetkoming toegekend aan het gezin van categorie 2 of categorie 3 zoals bedoeld in artikel 1, 30° en 31°, van het Wetboek dat na de overstromingsramp van juli 2021 een woning verlaat die in de zin van artikel 1, 15°, van het Wetboek onbewoonbaar is geworden en een woning in huur neemt die kennelijk gezond is in de zin van artikel 1, 12°, van het Wetboek.

Art. 3. - De woning wordt als onbewoonbaar beschouwd indien ze :

1° ofwel onbewoonbaar wordt verklaard door een document van de administratie of door een deskundige die door een verzekeringsmaatschappij ter plaatse is gestuurd;

2° ofwel het voorwerp uitmaakt van een vaststelling van onbewoonbaarheid die door de administratie is opgesteld. In dat geval zendt de administratie een kopie van de vaststelling van onbewoonbaarheid aan de burgemeester van de gemeente waar de woning gelegen is en aan de eigenaar van de woning.

Art. 4. - De tegemoetkomingen zijn alleen bestemd voor aanvragers die op de datum van het in huur nemen:

1° minstens 18 jaar oud of ontvoogde minderjarige zijn;

2° de woning noch geheel, noch gedeeltelijk onderverhuren.

Art. 5. - De tegemoetkomingen die krachtens de hoofdstukken 2 en 3 worden toegekend, mogen niet worden gecumuleerd met andere tegemoetkomingen die de Duitstalige Gemeenschap of het Waals Gewest met hetzelfde doel verlenen.

Art. 6. - Indien de berekening mogelijk is, mag de huurprijs van de nieuw gehuurde woning niet hoger zijn dan het bedrag dat is vastgelegd in het indicatieve huurprijzenrooster bedoeld in het besluit van de Waalse Regering van 25 april 2019 tot invoering van een indicatieve huurprijzenrooster in uitvoering van het artikel 89 van het decreet van 15 maart 2018 betreffende de woninghuurovereenkomst.

HOOFDSTUK 2. — *Verhuistegemoetkoming*

Art. 7. - § 1 - De verhuistegemoetkoming bedraagt 400 euro en wordt verhoogd met 20 % per kind ten laste.

§ 2 - De verhuistegemoetkoming vermeld in § 1 wordt slechts één keer per gezin toegekend.

Art. 8. - Wanneer de ontruiming van meerdere woningen gevolgd wordt door het in huur nemen van één enkele woning door alle verhuizende personen, wordt de verhuistegemoetkoming toegekend voor elke ontruimde woning.

HOOFDSTUK 3. — *Huurtegemoetkoming*

Art. 9. - Het bedrag van de huurtegemoetkoming wordt bepaald als volgt: 1° het basisbedrag is gelijk aan het verschil tussen, enerzijds, de huur van de ontruimde woning of de huurwaarde ervan, mocht de aanvrager ze als eigenaar of gratis bewonen, en, anderzijds, de huur van de in huur genomen woning;

2° het maximum van de huurtegemoetkoming bedraagt 100 euro;

3° het maximum van de huurtegemoetkoming wordt verhoogd met 20 % per kind ten laste;

4° de huurtegemoetkoming wordt enkel toegekend als het verschil tussen het huurbedrag of de huurwaarde van de ontruimde woning en het huurbedrag van de in huur genomen woning minstens 5 euro bedraagt.

Art. 10. - Worden uitgesloten van de toekenning van de huurtegemoetkoming:

1° gezinnen die een woning in huur nemen die eigendom is van, of waarvan het beheer of de verhuur overgenomen wordt door een vastgoedbeheerder in de zin van artikel 1, 23°, van het Wetboek;

2° gezinnen die een woning huren die toebehoort aan een bloedverwant in stijgende of dalende lijn van een gezinslid en die de inschrijving in het bevolkings- of vreemdelingenregister van de gemeente waar de woning gelegen is, aanvragen.

Art. 11. - § 1 - De huurtegemoetkoming wordt toegekend voor de duur van één jaar vanaf de datum van het in huur nemen van de kennelijk gezonde woning.

§ 2 - Wanneer de huurtegemoetkomingsgerechtigde de kennelijk gezonde woning verlaat om een andere, eveneens kennelijk gezonde woning te huren, wordt de tegemoetkoming verder toegekend tijdens de resterende duur. Voorwaarde is wel dat de verhuizing binnen drie maanden na het betrekken van de nieuwe woning wordt megedeeld aan de administratie.

Bij overlijden van de huurtegemoetkomingsgerechtigde, blijft de overlevende echtgenoot/echtgenote of de persoon met wie hij of zij samenleefde recht hebben op de toegekende huurtegemoetkoming.

Als de huurtegemootkomingsgerechtigde op het tijdstip van zijn overlijden alleenstaande was en met andere personen samenleefde, wordt de huurtegemootkoming toegekend aan de overlevende huisgenoten. Als er meerdere overlevende huisgenoten zijn, wijzen ze één van hen aan die minstens achttien jaar of ontvoegd is en aan wie de huurtegemootkoming wordt toegekend.

Art. 12. - Wanneer de ontruiming van meerdere woningen gevolgd wordt door het in huur nemen van één enkele woning door alle verhuizende personen, wordt de verhuistegemoetkoming toegekend aan één aanvrager die door de anderen is aangewezen.

HOOFDSTUK 4. — *Aanvraagprocedure*

Art. 13. - § 1 - De aanvrager dient een aanvraag in bij de administratie via een formulier dat door de administratie verstrekt wordt.

De aanvraag bevat de volgende gegevens en stukken :

1° een uittreksel uit het bevolkings- of vreemdelingenregister met de gezinssamenstelling van de aanvrager tijdens de bewoning van de ontruimde woning;

2° de nauwkeurige identificatie van de in huur genomen woning en van de ontruimde woning;

3° een door de aanvrager ondertekende verklaring op erewoord waarbij de aanvrager bevestigt dat hij behoort tot een gezin van categorie 2 of categorie 3 in de zin van artikel 1, 30° en 31°, van het Wetboek;

4° het bewijs van het gezinsinkomen;

5° een afschrift van het resultaat van de huurprijssimulatie op basis van de indicatieve huurprijzenrooster die beschikbaar is op de website www.loyerswallonie.be of een motivering waarom de kenmerken van de betrokken huisvesting een huurprijssimulatie op basis van dat rooster onmogelijk maken.

§ 2 - De aanvraag wordt uiterlijk drie maanden na het betrekken van de kennelijk gezonde woning ingediend.

In afwijking van het eerste lid kan de aanvraag worden ingediend tot uiterlijk 31 december 2021 als de aanvrager de kennelijk gezonde woning vóór de inwerkingtreding van dit besluit heeft betrokken.

§ 3 - Binnen een termijn van 15 dagen na ontvangst van de aanvraag zendt de administratie de aanvrager een indieningsbewijs.

Indien de aanvraag onvolledig is, zendt de administratie de aanvrager binnen een termijn van 15 dagen na ontvangst van de aanvraag een lijst met de ontbrekende stukken en gegevens en wijst ze hem erop dat de procedure pas wordt voortgezet als ze die ontbrekende stukken en gegevens heeft ontvangen.

De aanvrager verstrekt de administratie de ontbrekende stukken en gegevens binnen een termijn van 15 dagen na ontvangst van de lijst vermeld in het tweede lid.

§ 4 - Als de aanvrager en zijn echtgenoot/echtgenote of de persoon met wie hij/zij samenleefde in de loop van de aanvraagprocedure uit elkaar gaan, onderzoekt de administratie de situatie van beide partijen, in het bijzonder wat de kinderen ten laste betreft, en wijst ze de tegemoetkomingsgerechtigde aan.

5. Binnen een termijn van 45 dagen na ontvangst van de aanvraag of na ontvangst van de ontbrekende stukken en gegevens binnen de in § 3, derde lid, vermelde termijn zendt de administratie de aanvrager de beslissing over de ontvankelijkheid van zijn aanvraag of, als zijn aanvraag niet-ontvankelijk is, de beslissing met de redenen waarom zijn aanvraag niet-ontvankelijk is.

HOOFDSTUK 5. — *Beroep en controle*

Art. 14. - § 1 - De aanvrager beschikt over een termijn van dertig dagen te rekenen vanaf de kennisgeving van de beslissing vermeld in artikel 13, § 5, om bij de Minister aangetekend beroep in te stellen tegen de weigering van de aanvraag.

§ 2 - De Minister beslist binnen een termijn van drie maanden.

Als de aanvrager binnen de termijn vermeld in het eerste lid geen beslissing ontvangt, wordt de tegemoetkoming, zoals ze werd aangevraagd, geacht te zijn toegekend.

Art. 15. - De administratie beschikt over een termijn van vijf jaar vanaf de uitbetaling van de tegemoetkomingen, te rekenen vanaf de eerste dag van de maand waarop de uitbetaling betrekking heeft, om na te gaan of de aanvraag in overeenstemming is met de toekenningsvoorwaarden die in dit besluit zijn vastgelegd.

De controle geschiedt overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof.

Hoofdstuk 6 - Slotbepalingen

Art. 16. - Dit besluit treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Art. 17. - De Minister bevoegd voor Huisvesting is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 18 november 2021.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH
De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS